

BLICKPUNKT PLENUM

20. bis 22. März 2018

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde
im Hessischen Landtag



Ausbildung? Garantiert! – Berufliche Perspektive für junge Menschen

Bildung und Ausbildung sind die Schlüssel zu beruflichem und persönlichem Erfolg im Leben. Wir dürfen nicht einfach hinnehmen, dass viele junge Menschen in Hessen keinen Abschluss haben. Um das zu ändern, braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik. Unter dem Titel ‚Ausbildung? Garantiert!‘ hat die SPD-Fraktion Handlungsempfehlungen und Reformvorschläge erarbeitet, die dazu beitragen sollen, auch denjenigen Jugendlichen zu einer Berufsausbildung zu verhelfen, die bislang wenig oder keine Chancen auf eine Lehrstelle haben.

Für uns ist eine Berufsausbildung genauso viel wert wie ein Studium. Ein gut ausgebildeter Schreiner, eine qualifizierte Lackiererin, ein fähiger Chemikant oder eine souveräne Mechatronikerin sind jedem Akademiker ebenbürtig. Wir brauchen eine frühzeitige Berufsorientierung, mehr Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungsgängen und mehr Unterstützung für diejenigen, die eine besondere Förderung auf dem Weg zur Ausbildungsreife benötigen. Hessen steht mit der Zahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen im Bundesländervergleich besonders schlecht da. Deshalb fordern wir, dass das Land wieder seiner Vorbildfunktion gerecht wird und mehr ausbildet! Die Zahl der Lehrstellen in der Landesverwaltung ist von 2011 bis 2015 drastisch gesunken: von 806 auf 531. Damit produziert das Land eigene Nachwuchssorgen im öffentlichen Dienst. Schon heute fehlen Fachkräfte in den Landesverwaltungen, insbesondere im technischen Dienst. Das Beispiel der Straßenbauverwaltungen (HessenMobil) zeigt die ganze Problematik: Fehlende Techniker führen dazu, dass -mangels Planung- längst nicht alle vorgesehenen Straßensanierungen durchgeführt werden können.

Wir wollen eine frühzeitige Berufs- und Studienorientierung in allen Schulen sowie eine Stärkung bzw. Wiedereinführung des Fachs Arbeitslehre an Gymnasien - die derzeitige Regelung mit einem Praktikum in Klasse 9 und 11 reicht bei Weitem nicht aus! Wir wollen die duale Ausbildung stärken, indem Klein- und Kleinstbetriebe bei der Ausbildung unterstützt werden. Die beruflichen Schulen sollen gestärkt und die Digitalisierung der Arbeitswelt im Ausbildungsbereich stärker berücksichtigt werden. Auch das duale Studium muss weiter gestärkt und nicht zurückgefahren werden. Die Vergabe öffentlicher Aufträge an Firmen muss davon abhängig gemacht werden, ob diese Firmen ausbilden. Denn Betriebe, die ausbilden, haben auf der einen Seite durch ihr Ausbildungsengagement einen größeren Aufwand und leisten auf der anderen Seite einen enormen Beitrag für die berufliche Zukunft vieler Jugendlichen.

Auch die Angebote zur Nachqualifizierung müssen angesichts einer sich stetig wandelnden Arbeitswelt ausgebaut werden. Dazu gehört nach den Vorstellungen der SPD auch eine Ausbildungsgarantie. Dazu werden wir ein Programm auflegen, das jedem und jeder unter 35 Jahren einen Anspruch auf eine berufliche Qualifikation eröffnet.

Tariftreue- und Vergabegesetz

Das Hessische Tariftreue- und Vergabegesetz wurde am 1.3.2015 von der Regierungsmehrheit im Hess. Landtag beschlossen und sah eine Evaluierung nach drei Jahren vor. Doch die jetzt fällige Überprüfung wollen CDU und Grüne auf Herbst verschieben, d.h. nach der Landtagswahl. Im Vorfeld der Plenardebatte hatten wir daher den Bezirksleiter der Industriergewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt (IG BAU) in die Landtagsfraktion eingeladen. Die Diskussion mit der Gewerkschaft hat gezeigt, dass das derzeitige Gesetz offenkundig wirkungslos ist: Insbesondere durch die Vergabe an Generalunternehmen und deren Vergabe an weitere

Sub- bzw. Nachunternehmern werde oftmals der Mindestlohn unterlaufen. Das jetzt gültige Vergabe- und Tariftreuegesetz sei ungeeignet, Beschäftigte vor Niedriglöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen zu schützen, da es keine wirksamen staatlichen Kontrollen gebe. Im Ergebnis liege der Durchschnittslohn auf den Baustellen in Hessen um zwei Euro pro Stunde niedriger als im übrigen Deutschland.

Unser Fraktionsvorsitzender, Thorsten Schäfer-Gümbel stellte klar, dass die Zustände, die derzeit auf vielen hessischen Baustellen herrschen, nicht hinnehmbar sind und dass die Landesregierung bei dem Versuch, den fairen Wettbewerb und Tariftlöhne auch am Bau durchzusetzen, kläglich gescheitert ist.

Zuverlässige Bauunternehmen, die sich an den Tarifvertrag halten und ihre Leute anständig bezahlen, haben kaum eine Chance, einen Auftrag zu erhalten. Das ist eine weitere Erkenntnis aus dem Gespräch mit dem Gewerkschaftsvertreter, die wir in die Beratungen für ein neues Gesetz einfließen lassen werden. Zuverlässige Bauunternehmen können sich nicht durchsetzen gegen skrupellose Auftragsjäger, gegen Generalunternehmen, die Dumpingpreise anbieten können, weil ihre Nachunternehmer Dumpinglöhne zahlen. Es fehlt eine Prüfungsstelle, die ihren Namen auch verdient! Der Zoll erklärt selbst, dass er aufgrund von Personalnot diese Kontrollen flächendeckend nicht leisten kann. Wir halten es für unerträglich, dass die Landesregierung ihrer Pflicht nicht nachkommt, nach drei Jahren eine Evaluation des hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes vorzulegen. Dass Schwarzgrün die selbst gesetzte gesetzliche Frist hat verstreichen lassen, passt ins Bild – offenbar ist es der aktuellen Landesregierung egal, ob ihr Tariftreuegesetz wirkt oder nicht.

Pleiten, Pech und Pannen bei der Wahlkreisreform

Bei der Reform der Landtagswahlkreise, die von der schwarzgrünen Regierungskoalition im Schnellverfahren betrieben wurde und unter der u.a. auch die nordhessische Gemeinde Nieste zu leiden hat (sie gehört ab sofort zum Wahlkreis Eschwege und nicht mehr zum Landkreis Kassel!), wurden in Teilen falsche Zahlen zugrunde gelegt. Betroffen ist davon insbesondere der Wahlkreis Frankfurt I, der –anders als bisher behauptet– deutlich weniger Wahlberechtigte hat als der durchschnittliche Wahlkreis in Hessen. Wochenlang hat der Innenminister die Tatsache zurückgehalten, dass die überhastete, umstrittene und zum aktuellen Zeitpunkt unsinnige Reform der Landtagswahlkreise auch noch auf fehlerhaften Zahlen basiert. Nach unserer Auffassung wird das vorliegende Gesetz angesichts der neuesten Enthüllungen kaum einer juristischen Prüfung standhalten, deshalb werden wir den Zuschnitt der Wahlkreise vom Hessischen Staatsgerichtshof überprüfen lassen.

„Masterplan Wohnen“ – Viel Lärm um wenig Geld

In der Debatte über die Themen Wohnungsmangel und Wohnungsbau haben wir den von der Landesregierung pompös angekündigten ‚Masterplan Wohnen‘ als neuerliche Mogelpackung entlarvt: Von den 1,64 Milliarden Euro, mit denen sich Schwarz-Grün hier schmücken, stammen gerade einmal 65 Millionen aus dem Haushalt des Landes Hessen – und das auch noch verteilt über sechs Jahre. Ganz überwiegend setzt sich die Summe, mit der die Landesregierung hausieren geht, aus Kompensationsmitteln des Bundes, aus Darlehen, die wieder in die Landeskasse zurückfließen, und aus Darlehen bei der Bank für Wirtschaftsförderung und Infrastruktur für so genannte ‚revolvierende Fonds‘ zusammen. Das Sondervermögen bei der WI-Bank beträgt jedes Jahr 127 Millionen Euro. Schwarz-Grün nimmt immer wieder dasselbe Geld, multipliziert es mit der Laufzeit von sechs Jahren und kommt so auf eine atemberaubende Summe. Das ist aber nichts anderes als ein Taschenspielertrick. Die Landesregierung führt die Öffentlichkeit hinters Licht und beweist gleichzeitig, dass Schwarzgrün weit davon entfernt ist, substantiell etwas für bezahlbaren Wohnraum zu tun.

Alles in allem gibt das Land nach den Plänen von CDU und Grünen gerade einmal 10,8 Millionen Euro jährlich für den Wohnungsbau. Mit dieser Mogelpackung kann nicht wirklich etwas für bezahlbaren Wohnraum getan werden. Das ist kein Masterplan, das ist ein Offenbarungseid - ein weiterer Beweis für die Unwilligkeit und Untätigkeit der Landesregierung.